

Schulumbau: Büro soll konkrete Zahlen liefern

SPD geht auf Forderung der Neubaugegner im Hauptausschuss ein

Brunsbüttel (fan) Die unendliche Geschichte des Brunsbütteler Schulneubaus geht in eine neue Phase: In den Fokus rücken eine konkrete Kostenaufstellung für eine Sanierung der Regionalschule an der Bojestraße und für den Neubau. Der Hauptausschuss möchte im Juli dazu Zahlen vorgelegt bekommen.

So lautete der mit einer Enthaltung gefasste Beschluss am Mittwochabend. Damit ist die SPD-Fraktion auf die von der CDU gestellte Forderung, die Kosten für einen möglichen Umbau konkreter zu ermitteln und mit denen eines Neubaus zu vergleichen, eingegangen. Die Forderung wurde am Dienstagabend bei einer öffentlichen Veranstaltung der CDU zum Schulneubau erhoben, an der auch Vertreter der SPD, da-

unter Hauptausschussvorsitzender Wilhelm Malerius, teilgenommen hatten.

Derzeit sammeln CDU und FDP Unterschriften von wahlberechtigten Bürgern, um einen Bürgerentscheid über einen Schulneubau herbeizuführen. Bislang haben sie mehr als die Hälfte der erforderlichen 1000 Unterschriften zusammen. „Wir glauben, dass es zu einem Bürgerentscheid kommen wird. Daher sollten für den Bürger alle Zahlen aufbereitet werden, inklusive der Nachnutzung“, sagte Ratsherr Oliver Kumbartzky (FDP). Vor allem CDU-Fraktionschef Peter Hollmann bestand darauf, die Nachnutzung der Bojeschule im Fall eines Neubaus mit zu betrachten – und die dafür entstehenden Kosten.

Die Verwaltung hat die Planung in dieser Sache jedoch nicht vorangetrieben. Dafür



Peter Hollmann



Wilhelm Malerius

habe man bislang keinen konkreten Auftrag der Politik erhalten, so Bürgermeister Stefan Mohrdieck. Nach seinen

Worten müssen bei einem Umbau auf jeden Fall der Sanitärbereich und eine Barrierefreiheit bei einem Umbau geschaffen

werden. Egal, welche Einrichtung der Stadt sich dort ansiedeln würde. In den kommenden Wochen will die Verwaltung Vorschläge für eine Nachnutzung des historischen Schulgebäudes erarbeiten.

In der Debatte am Mittwochabend zweifelte die CDU-Fraktion vor allem die Umbaukosten an, die vom Planungsbüro Petersen, Pörksen und Partner ermittelt worden waren: Danach soll ein Umbau am Standort Bojestraße zehn Millionen Euro kosten, ein Neubau 14 Millionen Euro. Bauamtschefin Astrid Gasse wies darauf hin, dass diese Zahlen so in der Machbarkeitsstudie stünden und relativ belastbar seien. CDU und FDP würden am liebsten ein neues Büro mit einer konkreten Kostenaufstellung beauftragen, weil sie den bisherigen Planern nicht trauen.

Aus Sicht der Verwaltung hieße das aber, bei Null anzufangen. Das würde viel Zeit in Anspruch nehmen, hieß es in der Sitzung. Die Zahlen lägen vor einem Bürgerentscheid auch nicht mehr vor. „Damit würden wir nur unnötig Geld verbrennen“, lehnte auch SPD-Ratsfrau Sabine Mewes die Forderung ab. Sie schlug vor, das bisherige Büro mit einer konkreten Kostenermittlung für beide Varianten zu beauftragen. „Das würde auch Zeit und Kosten sparen“, sagte Ausschussvorsitzender Malerius.

CDU und FDP gaben schließlich ihren Widerstand dagegen auf und stimmten für diese Lösung. Im Juli soll das Planungsbüro im Hauptausschuss die genaue Kostenschätzung vorlegen. Noch im Mai will die Ratsversammlung auf ihrer kommenden Sitzung die Gelder für den Auftrag freigeben.